

Dr. Tobias Etzold

Politikwissenschaftler/Nordeuropaexperte¹

Ribbunggata 15, N-0196 Oslo

Herrn Malte Krüger

Vorsitzender des Europaausschusses

Landtag Schleswig-Holstein zu Kiel

**Schriftliche Stellungnahme: Geo- und sicherheitspolitische Lage in der Arktis –
Auswirkungen und Handlungsempfehlungen für Schleswig-Holstein**

Mit Bezug auf die Drucksachen:

Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa - Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW – Drucksache 20/2988

Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche - Alternativantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 20/2991

Die Arktis als nachhaltige Friedensregion erhalten - Antrag der Fraktion des SSW – Drucksache 20/1169

Seit Ende des Kalten Krieges war die Arktis weitgehend eine Region, in der die Region trotz Meinungsverschiedenheiten und Spannungen anderswo ein Ort der konstruktiven, pragmatischen Zusammenarbeit, insbesondere wissenschaftlicher Art, zwischen Ost und West (sogenannter "Arktischer Exzeptionalismus"). Doch vor dem Hintergrund des Klimawandels, der zunehmenden globalen geo- und sicherheitspolitischen Spannungen, des Wettbewerbs um Ressourcen und der neuen Ost-West-Konflikte seit 2014 ist das Potenzial für Spannungen und Interessenkonflikte auch in der Arktis in den letzten Jahren gewachsen. Einige der Länder der Region (Dänemark/Grönland, Finnland, Island, Norwegen, Schweden, USA, Kanada und Russland) und darüber hinaus folgen zunehmend ihren eigenen nationalen Interessen, was mitunter zu Konflikten mit den Interessen anderer Staaten, arktischer indigener Völker sowie der Gesamtarktis führt. Zu einem gewissen Grad gibt es Tendenzen, dass sich die Arktis zu einem Schauplatz globaler Rivalitäten um (militärische) Macht, Einfluss und Ressourcen

¹ Zurzeit freier Wissenschaftler, zuvor Norwegisches Institut für Internationale Studien (NUPI) Oslo, Norwegische Universität für Natur- und Technologiewissenschaften (NTNU) Trondheim, Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz Schleswig-Holstein Kiel und Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin.

zwischen den Vereinigten Staaten, Russland und China entwickeln könnte, die alle drei ihr Engagement in der Region deutlich intensiviert haben.

Geo- und sicherheitspolitische Entwicklungen in der Arktis seit 2022

Seit Februar 2022 ist die Region direkt von der Wechselwirkung zweier anhaltender globaler Krisen betroffen: dem Klimawandel und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine.² Mit diesen nehmen die Unsicherheiten und Spannungen in der Region zu (→ „Spill-over Effekt“). Bisher kam es aber, von etlichen Störfällen abgesehen, (noch) nicht zu direkten (militärischen) Konflikten in der Region selbst. Größer als das Risiko ausgewachsener militärischer Angriffe, und bereits real, ist die zugenommene und weiter zunehmende Gefahr hybrider Bedrohungen («Refugee Weaponization», Cyberangriffe, Angriffe auf zivile und militärische kritische (Unterwasser-) Infrastruktur, Luft- und Seeraumverletzungen, Drohnenflüge über zivilen und militärischen Flughäfen etc.), Desinformation, Propaganda, wirtschaftlicher Manipulation und politischem Druck ausgesetzt zu sein. Die hybriden Aktivitäten Russlands in der Arktis stellen derzeit die größte Herausforderung für die westlichen Arktisanrainer und ihre Partner dar.³

Der Klimawandel bringt eine Zunahme der Aktivitäten in der gesamten Region mit sich, an der ein breiteres Spektrum staatlicher und nichtstaatlicher Akteure (zivile, wissenschaftliche, kommerzielle, touristische und militärische Akteure) beteiligt ist. Dies führt zu einer proportionalen Zunahme von Vorfällen (Unfälle, Missverständnisse, militärische Interaktionen) und macht eine Erhöhung der Überwachungs- und Reaktionsfähigkeiten erforderlich. Die entsprechenden Fähigkeits- und Kapazitätsanforderungen stellen für die einzelnen Arktisstaaten eine erhebliche Belastung in Bezug auf materielle Ressourcen, Informationsaustausch und Verteidigungsverpflichtungen dar.⁴

Standen über einen größeren Zeitraum vor allem Ressourcenpotentiale, die wirtschaftliche Entwicklung, der Klima- und Umweltwandel in der Arktis mit enormen bereits jetzt spürbaren Auswirkungen und in diesem Kontext stattfindende wissenschaftliche Aktivitäten im Fokus arktischer und nicht-arktischer Staaten, ist spätestens seit dem russischen Überfall auf die Ukraine die militärische Sicherheit für alle Länder der Region die neue Priorität ihrer jeweiligen Arktispolitik. Alle Arktisstaaten befinden sich in einem Prozess, ihre Streitkräfte und militärischen Investitionen in ihren nördlichen Territorien deutlich zu verstärken. Dazu nimmt die Zahl der militärischen Übungen und Trainingsaktivitäten in der Region sowohl auf russischer wie westlicher Seite der Arktis zu (Reaktionen auf Aktionen der anderen Seite, für mehr Sicherheit zu sorgen → „Sicherheitsdilemma“), die ihrerseits zu Missverständnissen, Fehlkalkulationen, Fehlern und letztendlich einer Eskalation führen können. Auch die

² Kornhuber, K. (et al): The Disruption of Arctic Exceptionalism. Managing Environmental Change in Light of Russian Aggression. DGAP Report, 8.2.2023, p. 1, [The Disruption of Arctic Exceptionalism | DGAP](#).

³ Van Loon, K./Zandee, D.: Shifts in Arctic Security. Ripples of Russia's war against Ukraine, Policy Brief, Clingendael Netherlands Institute of International Relations, December 2024, p. 8, [Shifts in Arctic security | Clingendael](#).

⁴ Etzold, T. (et al): Multinational Search and Rescue (SAR) Capabilities in the Arctic. A multinational Concept. Multinational Capabilities Development Campaign (MCDC), February 2025, p.9, [MCDC 2023-2024 - Home](#).

Bundesregierung hat in ihren neuen Arktisleitlinien vom September 2024 anerkannt, dass sich die Region „mehr und mehr zu einer Arena geopolitischer Spannungen entwickelt“ und nennt anders als früher die Notwendigkeit, die Sicherheit und Stabilität in der Arktis zu wahren, vor Klima- und Umweltschutz als erste Priorität.⁵

Der NATO-Beitritt Finnland und Schweden 2023 bzw. 2024 stärkt die NATO, die seit 2022 mehr nach Norden als früher blickt, ihre Operationen und Verteidigungsfähigkeit im Hohen Norden wie auch in der Ostseeregion. Gleichzeitig führt die NATO-Norderweiterung in beiden Regionen jedoch zu einer noch stärkeren Spaltung mit NATO-Ländern auf der einen und Russland, China und weiteren Verbündeten auf der anderen Seite.

Für Russland bleibt die Arktis eines seiner wichtigsten strategischen Gebiete und Prioritäten. Das Land investiert bereits seit fast 20 Jahren in seine (militärische) Infrastruktur (Wiederbelebung alter Militärbasen aus der Zeit des Kalten Kriegs) und militärischen Fähigkeiten im Hohen Norden, die den Wunsch nach globaler Aufmerksamkeit und militärischer Kontrolle zum Ausdruck bringen, und tut dies auch weiterhin, trotz großer Verluste in der Ukraine. Russlands erste Priorität ist die Absicherung des eigenen Territoriums und der Seewege entlang seiner langen Arktisküste, weniger, wie oft in deutschen Medien dargestellt, der Zugriff auf arktische Gebiete außerhalb seiner eigenen Einflussosphäre und die Vorherrschaft über die Arktis als Ganzes. Russland tritt in der Arktis sogar weniger aggressiv auf als im Ostseeraum wo es bereits zu wesentlich häufigeren Luftraumverletzungen und hybriden Angriffen auf zivile und militärische Infrastruktur kommt. China etabliert sich zunehmend als politischer, wirtschaftlicher und militärischer Kooperationspartner Russlands auch in der Arktis, zeigt verstärkt Präsenz vor der russischen Arktisküste und bezeichnet sich offiziell als arktisnaher Staat („near Arctic state“). In der europäischen und nordamerikanischen Arktis ist die Präsenz Chinas und sein wirtschaftliches und finanzielles Engagement jedoch noch überschaubar.⁶

Klimawandel als Sicherheitsfaktor und – risiko

Der Klimawandel schreitet in den arktischen Regionen mit hoher Geschwindigkeit voran, zwei- bis viermal schneller als im globalen Durchschnitt, was sowohl neue enorme Risiken als auch Chancen mit sich bringt. Bis 2034 soll das Arktische Meer in den Sommermonaten eisfrei sein. Der Klimawandel öffnet die Arktis zu einem gewissen Grad und erleichtert arktischen und nicht-arktischen Akteuren den Zugang, indem er die Schifffahrt, den Abbau von Ressourcen, Fischerei und Tourismus begünstigt. Steigende Temperaturen und der dadurch verursachte Rückgang der Meereisbedeckung und das Auftauen des Permafrosts führen jedoch zu dramatischen Veränderungen der arktischen Umwelt sowie extremen Wetterbedingungen,

⁵ Die Bundesregierung: Leitlinien Deutscher Arktispolitik. Deutschland und die Arktis im Kontext von Klimakrise und Zeitenwende, September 2024, S. 15.

⁶ Paul, M.: Chinas arktische Wende. Ursachen, Entwicklungen, Perspektiven. Aktuell Nr. 68, Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2024.

die in Kombination mit vielerorts fehlender adäquater Infrastruktur, Schifffahrt, Forschung sowie kommerzielle und militärische Aktivitäten eher erschweren als begünstigen.

Bisher hat der Klimawandel selbst keine direkten Konflikte in der Arktis verursacht (um Ressourcen, Wasser, Land, Grenzen) und ist nicht und wird höchstwahrscheinlich auch in naher Zukunft nicht der Haupttreiber für aufkommende geopolitische Spannungen in der Arktis und darüber hinaus sein.⁷ Aber der Klimawandel birgt zahlreiche „weiche“ Sicherheitsrisiken (Umwelt, Nahrung, Wasser), die zu Verteilungskonflikten führen könnten, und macht militärische Operationen noch schwieriger und kostspieliger. Diese könnten jedoch notwendiger als bisher werden, um Spannungen und potenziellen Konflikten von außen zu begegnen, die in die Arktis übergreifen (Klimawandel als "Bedrohungsmultiplikator"). Darüber hinaus belasten die zunehmende Militarisierung und wachsenden Spannungen in der Arktis den Klimaschutz und die dahingehende effektive zwischenstaatliche Zusammenarbeit (einschließlich des wissenschaftlichen Datenaustauschs).

Arktische Zusammenarbeit als Sicherheitsfaktor⁸

Die wichtige zwischenstaatliche regionale Zusammenarbeit (Arktischer Rat) unter den acht Arktisanrainerstaaten und indigenen Völkern, in dem Deutschland einen Beobachterstatus innehat, ist immerhin zwar noch existent, anders als im Ostseeraum, wo es gar keine Gesprächsfäden mehr gibt, ist aufgrund der geopolitischen Spannungen aber dennoch stark eingeschränkt. Dies birgt ein weiteres Sicherheitsrisiko sowie das Risiko einer weiteren Spaltung der Region und der Schaffung von Parallelstrukturen. Dennoch versteht sich der Arktische Rat weiterhin als Bindeglied zwischen dem Westen und Russland, wenn nicht auf politischer, so doch auf funktionaler, technischer und wissenschaftlicher Ebene (zwecks des fortgesetzten Zugangs zu wissenschaftlichen Klimadaten aus der russischen Arktis) zugunsten der Gesamtinteressen der Arktis. Diese Ambition setzt ihn jedoch der Kritik aus, mit einem Land, das einen völkerrechtswidrigen Krieg führt, um der regionalen Stabilität Willen zusammenzuarbeiten. Der Rat macht sich so anfällig für Erpressungsversuche: die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Russland ermutigt russische Provokationen und Drohungen gegen den Rat, mit denen Russland versucht, die Grenzen des westlichen Entgegenkommens zu testen und auszureizen (Einsetzen der russischen Bereitschaft zur arktischen Zusammenarbeit als Faustpfand, mit dem das Land eine Verringerung westlicher Sanktionen erzwingen will; Drohung mit einer verstärkten Zusammenarbeit mit verbündeten Nichtarktisländern wie den BRICS-Staaten, sollte Russland nicht vollständig eingebunden werden).⁹

Vor diesem Hintergrund bleiben alternative Plattformen der Zusammenarbeit für die westlichen Arktisanrainer vonnöten. So wurden die Kooperation und Koordination in bi- und trilateralen

⁷ Østhagen, A.: Five Misconceptions in Arctic Security and Geopolitics, The Arctic Institute, June 2023, [Five Misconceptions in Arctic Security and Geopolitics | The Arctic Institute – Center for Circumpolar Security Studies](#).

⁸ Etzold, T.: Ostseeraum und Arktis: Regionale Zusammenarbeit im Umbruch, Nordeuropaforum/Vifanord Blog, April 2025, [Ostseeraum und Arktis: Regionale Zusammenarbeit im Umbruch » vifanord | FID Nordeuropa](#)

⁹ Paukunen, S./Black, J. : Arctic Cooperation with Russia at what Price?, International Affairs, Volume 100, Issue 6, November 2024, [Arctic cooperation with Russia: at what price? | International Affairs | Oxford Academic](#).

(z.B. Norwegen-Kanada, Norwegen-Deutschland, NOR-DEU-KAN) und multilateralen Formaten (z.B. NATO, EU-Arktisstrategie und nordische Zusammenarbeit), ausgebaut und verstärkt. Bis Ende 2024 zogen die sieben westlichen Arktisstaaten weitgehend an einem Strang und stellten gegenseitige Rivalitäten zugunsten einer starken und einheitlichen Position gegenüber Russland beiseite.

Die Absicht der USA, Grönland von Dänemark zwecks Stärkung der nationalen und internationalen Sicherheit und der Sicherung von Rohstoffen übernehmen zu wollen, notfalls auch mittels wirtschaftlichem und/oder militärischem Zwang, sorgt jedoch für massive Unruhe und Spannungen unter den Alliierten und wirft einen dunklen Schatten auf diese Einigkeit. Eine enge Kooperation auf Augenhöhe scheint nun auch unter NATO-Verbündeten verstärkt eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet zu werden. Die jüngsten Entwicklungen rund um die Ukraine, der sich abzeichnende Rückzug der USA aus Europa und die Querelen um Grönland weisen darauf hin, dass die USA unter Präsident Trump auf gute Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten auch in der Arktis nur wenig Wert legen und ggf. über ihren Kopf hinweg Entscheidungen treffen und mit Dritten verhandeln. Doch nur ein vereinter und geschlossen auftretender Westen wird in der Lage sein, Russland, ebenso wie China, in der Arktis adäquat zu begegnen, die Sicherheitsrisiken einzudämmen und die großen Herausforderungen zu bewältigen. Dies schließt nicht nur die westlichen Arktisanrainer ein, sondern auch arktisnahe Länder wie Deutschland.

Auswirkungen auf Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist direkt und indirekt betroffen von den geopolitischen Entwicklungen in den nördlichen Gebieten (Ostsee, Nordsee, Nordatlantik und Arktis). Laut Bundesregierung sind die Entwicklungen in der Arktis eng mit der sicherheitspolitischen Situation in Nord- und Ostseeraum verbunden.¹⁰ Die Grenzen sind fließend und es kann zunehmend zu Spillovereffekten in beide und aus beiden Richtungen kommen. Auch der Klimawandel in der Arktis sowie Entwicklungen im Personen- und Güterverkehr in die und aus der Arktis wird deutliche Auswirkungen auf Schleswig-Holstein haben.

Die deutsche Polarforschung insgesamt und auch Schleswig-Holstein als Wissenschafts- und Forschungsstandort sind betroffen, da aufgrund der Sicherheitslage und der eingeschränkten Zusammenarbeit in der Region, Forschungsexpeditionen nicht mehr im gewohnten Umfang stattfinden können. Bereits jetzt sind internationale Arktisforscher von über 60 Prozent ihres Forschungsgebiets (russische Arktis) abgeschnitten. Davon sind auch die beiden großen deutschen Polarforschungseinrichtungen, das Alfred-Wegener-Institut (AWI) in Bremerhaven und das GEOMAR Helmholtz-Zentrum in Kiel, betroffen, die seit den 1990er Jahren 30 Expeditionen in die russische maritime Arktis und weitere 40 Expeditionen in arktische Landgebiete durchgeführt haben.¹¹

¹⁰ Die Bundesregierung: Leitlinien deutscher Arktispolitik, S. 15.

¹¹ Andreeva, S. et al: New Arctic Realities Between Conflicting Interests and Avenues for Cooperation, ZOIS Report No. 1/2024, Zentrum für Osteuropa- und Internationale Studien, S. 12, [New Arctic Realities: Between Conflicting Interests and Avenues for Cooperation](#).

Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Marinestandort mit Stützpunkten in Kiel und Eckernförde. Auch von hier laufen deutsche Schiffe aus, nicht nur um eine wachsende Zahl von nationalen und internationalen (NATO/EU) Marineoperationen in Ost- und Nordsee zu unterstützen und an Übungen teilzunehmen, sondern auch im Hohen Norden/Arktis mit norwegischen, dänischen und anderen Marineschiffen zu üben und Länder wie Norwegen bei der Überwachung kritischer Infrastruktur und Kontrollfahrten beizustehen.

Handlungsempfehlungen

- Eine sorgfältige und kontinuierliche Beobachtung der geo- und sicherheitspolitischen Entwicklungen in Ostseeraum, Nordsee und Arktis durch schleswig-holsteinische Landesbehörden ist notwendig.
- Die geo- und sicherheitspolitischen Entwicklungen und Gefahren in der Arktis und im Ostseeraum sollten ernst genommen werden, jedoch korrekt dargestellt und nicht übertrieben werden.
- Die Einführung des Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen auch im Bereich der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, wie in den Alternativanträgen von SPD und SSW bzw. FDP angeregt, ist sicher sinnvoll auch im Hinblick auf europäische sicherheitspolitische Anstrengungen in Richtung Ostsee, Nordsee und Arktis, da nicht für alle EU-Mitgliedstaaten der nordeuropäische Raum dieselbe sicherheitspolitische Bedeutung hat. So können nordeuropäische und nordeuropänahe EU-Mitglieder voranschreiten. Schleswig-Holstein sollte sich beim Bund für ein entschlossenes deutsches Vorgehen in Brüssel in diese Richtung einsetzen.
- Schleswig-Holstein sollte Einfluss ausüben in Richtung Brüssel hinsichtlich der Ausformulierung einer neuen EU-Arktisstrategie, die auch die aktuellen geo- und sicherheitspolitischen Entwicklungen stärker als bisher berücksichtigt, und dabei deutsche/schleswig-holsteinische Interessen geltend machen.
- Die Bundesregierung hat zwar neue Leitlinien deutscher Arktispolitik vorgelegt und die Abstimmung der zuständigen Ressorts in Berlin ist gewachsen, doch eine echte Debatte über die generell politische und insbesondere sicherheitspolitische Bedeutung der Arktis und Nordeuropas insgesamt für die Bundesrepublik findet kaum statt, auch nicht im Deutschen Bundestag. Abgeordnete des Landtags Schleswig-Holstein könnten bei ihren jeweiligen Parteikollegen/-kolleginnen im Bundestag solche Debatten und ein größeres Engagement anregen.
- Ein konsequenter Ausbau der militärischen Infrastruktur (insbesondere Marine) in Schleswig-Holstein, um die deutsche Rolle in Nordeuropa auszubauen, der deutschen Verantwortung gerecht zu werden und die in den Arktisleitlinien der Bundesregierung zugesagten sicherheitspolitischen Beiträge (S. 18) erfüllen zu können, ist vonnöten.